

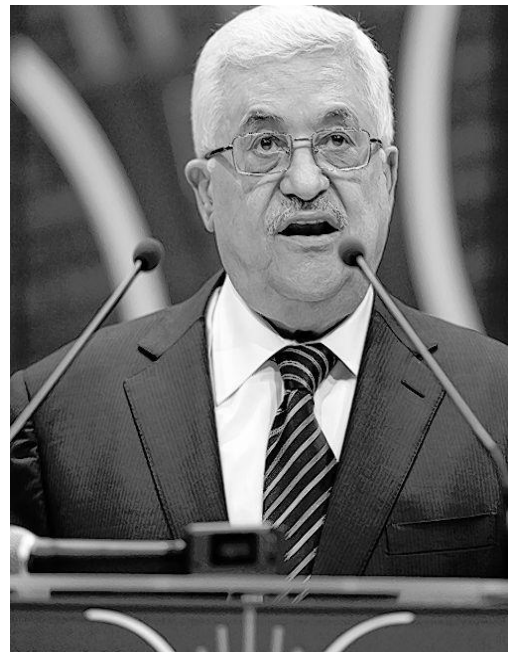
Aachener Nachrichten 07.10.2011, Seite 2

Der Aachener Andrej Hunko landet einen Überraschungscoup

Auf Initiative des linken Abgeordneten fordert die parlamentarische Versammlung des Europarats den UN-Sicherheitsrat auf, Palästina als Staat anzuerkennen



Nutzte die Gunst der Stunde: Andrej Hunko. Foto: Harald Krömer



Zeigte sich dankbar: Palästinenser-Führer Mahmud Abbas

Von Joachim Zinsen

Straßburg. Ein wenig überrascht zeigt er sich dann doch, nachdem alles so glatt über die Bühne gegangen war. „Ich hatte mit Widerstand gerechnet“, gesteht Andrej Hunko. „Zumindest jedoch mit einer kontroversen Debatte.“ Dem war aber nicht so. Ohne Aussprache und mit überwältigender Mehrheit stimmte die Parlamentarische Versammlung des Europarates dem Antrag des Aachener Bundestagsabgeordneten der Linken zu. Darin wird der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufgefordert, einer Vollmitgliedschaft Palästinas in den UN zuzustimmen. Vor allem an Frankreich, Russland, Großbritannien, Bosnien-Herzegowina, Deutschland und Portugal – den europäischen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats – geht nun der Appell, sich für eine staatliche Anerkennung Palästinas einzusetzen. Hunko sieht das als großen politischen Erfolg. Denn gerade vonseiten der Bundesregierung gibt es erhebliche Vorbehalte gegen diesen Schritt. Andere der angesprochenen Staaten haben sich bisher noch nicht eindeutig und endgültig positioniert.

Nun haben Beschlüsse des Europarates für die Regierungen seiner 47 Mitgliedsstaaten zwar keinerlei bindende Wirkung. „Aber sie sind von hoher Symbolkraft“, sagt Hunko. „Schließlich gilt der Europarat als eine Art europäisches Gewissen.“ Der 48-Jährige ist sich jedenfalls sicher, dass durch den von ihm initiierten Beschluss die internationale Bereitschaft, Palästina als Staat anzuerkennen, eine „zusätzliche Dynamik erhalten hat“.

Die Rahmenbedingungen für Hunkos Überraschungscoup waren allerdings auch günstig. Denn Arbeitsschwerpunkt der laufenden Sitzungswoche der Parlamentarischen Versammlung sind die Umbrüche in der arabischen Welt und der Nahost-Konflikt. Dass dem Wunsch vieler Palästinenser nach Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie in dem Gremium große Sympathie entgegengebracht wird, wurde immer wieder deutlich. So verlieh die Versammlung dem Palästinensischen Nationalrat am vergangenen Dienstag den offiziellen Status „Partner für Demokratie“. Mit diesem Schritt sollen

Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption und beim Aufbau einer unabhängigen Justiz in den von der Palästinensischen Autonomiebehörde kontrollierten Gebieten gewürdigt werden. Über eine enge Kooperation – die Palästinenser können künftig mit einer dreiköpfigen Delegation an den Arbeiten der Parlamentarier-Versammlungen teilnehmen – soll dieser Prozess beschleunigt werden.

Erwartungen formuliert

So hat der Europarat denn auch eine Reihe von Erwartungen an die Palästinenser formuliert. Unter anderem wollen die Parlamentarier möglichst schnell Termine für freie Wahlen in Palästina festgelegt sehen. Gleichfalls soll dort die Gleichstellung von Mann und Frau im politischen und öffentlichen Leben garantiert werden. Eine weitere Forderung: Die seit 2005 geltende Aussetzung von Hinrichtungen soll in einer endgültigen Ächtung der Todesstrafe münden. Und schließlich äußert die parlamentarische Versammlung die Hoffnung, dass der seit Jahren im Gaza-Streifen festgehaltene israelische Soldat Gilad Shalit endlich freigelassen wird. Wie weit diese Erwartungen erfüllt worden sind, will die Parlamentarische Versammlung in zwei Jahren prüfen. Allerdings geben die Abgeordneten zu bedenken, dass die militärische Besetzung der palästinensischen Gebiete durch die israelische Armee einer Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Wege stehe.

Mahmud Abbas, der gestern vor der Versammlung auftrat, ging in seiner Rede auf einige Forderungen ein. „Gewiss wollen wir, dass Schalit zu seiner Familie zurückkehren kann“, erklärte der Palästinenser-Führer und fügte hinzu: „Genauso wie wir wünschen, dass 6000 in Israel inhaftierte Palästinenser zu ihren Familien zurückkehren können.“ Abbas betonte nochmals, dass Israel den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten stoppen und an den Verhandlungstisch zurückkehren müsse. Sicherheit werde durch Frieden herbeigeführt, nicht durch militärische Macht, Unterdrückung und geografische Expansion.

Und dann zeigte sich Abbas gegenüber seinem Publikum dankbar: „Wir begrüßen ihre Aufforderung an den UN-Sicherheitsrat sehr und sind stolz darauf.“ Ein wenig stolz dürfte in diesem Augenblick auch noch jemand anderes gewesen sein: Nämlich der Aachener Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko.

318 Parlamentarier aus 47 Staaten

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates ist das älteste parlamentarische Gremium auf europäischer Ebene. Ihre 318 Mitglieder sind Vertreter von 47 nationalen Parlamenten. Deutschland stellt derzeit 18 Abgeordnete.

Das Gremium kümmert sich vor allem um Fragen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Die wichtigste politische Aufgabe besteht in der Schaffung eines politischen Dialoges. Daneben ist die Versammlung für die Wahl der Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zuständig. Das Gremium tagt vier Mal jährlich im französischen Straßburg.